



Digitale Diaspora

EU-Kommission macht Druck bei Digitalisierung des Gesundheitswesens

Bei der Digitalisierung seines Gesundheitswesens hinkt Deutschland im Vergleich zu anderen EU-Ländern weit hinterher. Das liegt auch an der Gematik, die eigentlich für eine funktionierende Telematik-Infrastruktur (TI) sorgen soll. Doch die Pannenserie reißt nicht ab und sorgt für wachsenden Frust in den Praxen. Jetzt schaltet sich auch die EU-Kommission in die Digitalisierungsdebatte ein. Am 3. Mai gab sie den Startschuss für den „Europäischen Raum für Gesundheitsdaten“ (European Health Data Space – kurz EHDS). Wie Deutschland mit seiner maroden TI hier den Anschluss schaffen soll, bleibt allerdings offen.

„Der EHDS wird dazu beitragen, dass die EU, was die Gesundheitsversorgung der Menschen in ganz Europa betrifft, einen Quantensprung nach vorne machen wird. Er wird es den Menschen in ihrem jeweiligen Heimatland oder in anderen Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Gesundheitsdaten zu kontrollieren und zu nutzen. Er fördert einen echten Binnenmarkt für digitale Gesundheitsdienste und -produkte. Und er schafft einen kohärenten, vertrauenswürdigen und effizienten Rahmen für die Nutzung

von Gesundheitsdaten für Forschung, Innovation, Politikgestaltung und Regulierungstätigkeiten, wobei er gleichzeitig die uneingeschränkte Einhaltung der hohen Datenschutzstandards der EU sicherstellt“, heißt es in einer Pressemitteilung der EU-Kommission. Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides spricht von einem „grundlegenden Umbruch im digitalen Wandel der Gesundheitsversorgung“. Er stelle die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt und ermögliche ihnen die vollständige Kon-

trolle ihrer Daten mit dem Ziel, eine bessere Gesundheitsversorgung in der gesamten EU zu erreichen. Folgende Ziele verfolgt die EU:

- Kostenlosen und einfachen Zugang zu Gesundheitsdaten in elektronischer Form
- Austausch der Daten zwischen den Gesundheitsberufen und zwischen den Mitgliedstaaten
- Ein gemeinsames europäisches Format für Patientenkurzakte mit Medikation, Laborergebnissen, Röntgenbildern und Entlassungsberichten
- Interoperabilität der Systeme für elektronische Patientenakte
- Benennung digitaler Gesundheitsbehörden in allen Mitgliedstaaten, um die Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu wahren

Doch während in Ländern wie Frankreich, Estland, Dänemark oder Schweden die elektronische Patientenakte längst Realität ist, bleibt Deutschland digitale Diaspora. Auch der Branchenverband Bitkom kritisiert die deutschen Defizite. „Wir müssen jetzt Tempo machen bei der Digitalisierung unseres Gesundheitswesens. Im Vergleich zu anderen Nationen sind wir digitale Spätzügler. Wir müssen daher den Ausbau der elektronischen Patientenakte (ePA), der digitalen Infrastruktur oder die Interoperabilität vorantreiben“, kommentiert der Verband die Beschlüsse der EU-Kommission.

Erwartungen nicht erfüllt

Doch ob die Gematik und die TI in ihrer jetzigen Form geeignet sind, um den deutschen Rückstand bei der Digitalisierung aufzuholen, darf bezweifelt werden. Weder das eRezept noch die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) haben bislang die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Derzeit wird beispielsweise nur jede vierte AU elektronisch ausgestellt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. So haben einer Umfrage der Kassenärztlichen Bundesvereinigung zufolge über 60 Prozent der Arztpraxen Probleme mit dem Versand der eAU. 34 Prozent gaben an, dass es zu Fehlermeldungen aufseiten der Krankenkassen kam. Dennoch soll die Papier-AU ab dem 1. Januar 2023 der Vergangenheit angehören.

Noch schlechter sieht es bei der ePA aus, die jede Krankenkasse ihren Versicherten bereits seit dem 1. Januar 2021 anbieten muss. Einer Studie der Körber-Stiftung zufolge nutzen gerade einmal fünf Prozent der Versicherten die ePA. Mehr als jeder fünfte Befragte gab an, die ePA auch in Zukunft nicht nutzen zu wollen. Als Gründe werden Bedenken beim Datenschutz und Unklarheiten darüber, wer welche Daten einsehen kann, genannt. Knapp jeder Vierte kennt die ePA noch gar nicht.

Die Digitalisierung des deutschen Gesundheitswesens ist also eine zähe Angelegenheit – das kann jeder Vertragszahnarzt bestätigen. Zwar hatte der ehemalige Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) die TI zur Chefsache erklärt, wirkliche Erfolge hatte er aber am Ende seiner Amtszeit nicht vorzuweisen. Auch nach der Verstaatlichung der Gematik lief es alles andere als rund. Die ambitionierten Projekte verzögerten sich immer wie-

der und die TI ist störungsanfällig. Ständige Ausfälle frustrieren Praxen und Patienten. Zuletzt sorgte die Nachricht, dass Hunderttausende von Konnektoren ausgetauscht werden müssen, für enorme Verärgerung bei den Betroffenen.

Neue Digitalstrategie

Dessen ungeachtet kündigte Spahns Nachfolger Karl Lauterbach bei der DMEA, dem großen Digital Health Treffen in Berlin, eine neue, angepasste Digitalstrategie für den Herbst 2022 an. Das deutsche Gesundheitswesen sei ohne einen entsprechenden strategischen Ansatz nicht weiterentwickelbar, so Lauterbach. Neben der Digitalisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD), für den 800 Millionen Euro aus dem ÖGD-Pakt nach wie vor bereitstünden, geht es hier um den zügigen Rollout des elektronischen Rezeptes (E-Rezept) sowie um die „Akzeptanz und Flächeneinführung der ePA“, die der Minister für die Kernanwendung der TI hält.

Die Digitalisierung des deutschen Gesundheitswesens soll also in Kürze einen großen Schub nach vorne machen. Das verspricht zumindest Karl Lauterbach. Der Druck aus Brüssel dürfte dabei eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Möglichst schon bis 2025 sollen alle Versicherten digital Zugriff auf ihre Gesundheitsdaten haben. Und zwar über die eigenen Landesgrenzen hinweg. Der Datenaustausch in einem europäischen Gesundheitsdatenraum soll Standard werden.

Der von der Europäischen Kommission vorgelegte Vorschlag muss jetzt erstmal den Ministerrat und das Europäische Parlament passieren. Bundesgesundheitsminister Lauterbach hofft derweil auf das 30.000. eingelöste E-Rezept im kommenden Sommer, um die Testphase beenden zu können. Der Starttermin für diese zentrale TI-Anwendung soll möglichst nicht ein weiteres Mal verschoben werden.

KZVB fordert Reset

Dr. Manfred Kinner, der innerhalb des Vorstands der KZVB für den Bereich IT zuständig ist, hat erhebliche Zweifel, ob das gelingen kann. „Die TI in ihrer jetzigen Form kann die im Übrigen noch massiv zu hinterfragenden Anforderungen der EU nicht erfüllen. Karl Lauterbach wäre gut beraten, die verkorkste Digitalisierungspolitik seines Vorgängers nicht einfach fortzuführen. Es braucht einen kompletten Reset, wenn Deutschland bei der Digitalisierung zum Wohle der Patienten sinnvoll agieren will. Dabei darf es keine Denkverbote geben. Die staatliche Gematik ist mit ihrem Chef Markus Leyck Dieken offensichtlich nicht in der Lage, die technischen Voraussetzungen zu schaffen, die wir für einen störungsfreien und vor allem sicheren Austausch von Gesundheitsdaten brauchen. Ich vermisse auch eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über den Schutz hochsensibler Patientendaten. Die mehrfach lautstark geäußerte Kritik des Bundesdatenschutzbeauftragten muss endlich zu entsprechenden Konsequenzen führen.“

Leo Hofmeier